

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 20.11.2014
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:46 Uhr
Ort: im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende:

Frau Manuela Vanni

Marktgemeinderäte:

Herr Thomas Bader	Herr Werner Hoyer
Herr Stefan Barnsteiner	Herr Peter Jungwirth
Herr Peter Blome	Herr Georg Karl
Herr Johann Fischer	Herr Rudi Mach
Herr Jürgen Forstner	Herr Dipl.-Ing. Uli Mach
Herr Ernst Frohnheiser	Herr Simon Mooslechner
Frau Jutta Geldsetzer	Herr Matthias Reichhart
Herr Dr. Klaus Geldsetzer	Herr Stefan Rießberger
Herr Peter Guffanti	Frau Sandra Rößle
Herr Robert Halbritter	Frau Stephanie Träger
Herr Werner Haseidl	Herr Walter Wurzinger
Herr Michael Hosse	

Personal:

Herr Roman Bals	Herr Johannes Pfleger
Herr Michael Liedl	Herr Thomas Schamper
Frau Sonja Mayer	Herr Reinhold Walter
Herr David Oppermann	

Gäste

Herr Angerer	Ing.-Büro Angerer
Frau Konrad	Ing.-Büro Angerer
Frau Kubina	ROB
Besucher	24 Personen
Presse	Weilheimer Tagblatt, Kreisbote

Abwesend:

Marktgemeinderäte:

Frau Petra Bauer	Beruflich verhindert
------------------	----------------------

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

Vorsitzende:

Schritfführer:

Manuela Vanni
1. Bürgermeisterin

Johannes Pfleger
Geschäftsleiter

Tagesordnung:

I. Öffentlich:

1. Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 22.10.14 (ö.T.)
3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Plenarsitzung vom 22.10.14 und aus dem Verwaltungsrat vom 12.11.14
4. Vorstellung Planungskonzept Ortsdurchfahrt durch Ing.-Büro von Angerer
5. Vom Haupt-, Finanz- und Personalausschuss vorbehandelte Gegenstände
 - 5.1 Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau West - Jahresantrag 2015
 - 5.2 Bericht über die örtliche Rechnungsprüfung der Jahresrechnung 2013
 - 5.3 Feststellung der Jahresrechnung 2013 gem. Art. 102 ABs. 3 GO
 - 5.4 Jahresrechnung 2013, Entlastung gem. Art. 102 ABs. 3 GO
 - 5.5 Antrag der Telekom auf Abbau einer Telefonzelle
 - 5.6 Rigi-Rutsch'n, Investition Ruheraum
 - 5.7 Räumlichkeiten für Knappschaftskapelle
6. Kenntnisgaben
 - 6.1 Überprüfung eines bauaufsichtlichen Verfahrens betreffend die Errichtung einer Terrassenüberdachung , Johann Hirsch Straße 11 in Peißenberg

Zu TOP 1: Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Zu TOP 2: Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 22.10.14 (ö.T.)

Die Sitzungsniederschrift (öT) vom 22.10.14 wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 3: Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Plenarsitzung vom 22.10.14 und aus dem Verwaltungsrat vom 12.11.14

Es werden keine Beschlüsse bekannt gegeben.

Im Anschluss an diesen Top stellt sich die neue Mitarbeiterin im Bauamt, Frau Sonja Mayer, dem Plenum vor.

Zu TOP 4: Vorstellung Planungskonzept Ortsdurchfahrt durch Ing.-Büro von Angerer

Sachverhalt:

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 20.03.2014 wurde der Auftrag zur Erstellung eines städtebaulichen Planungskonzeptes zur Gestaltung der Ortsdurchfahrt an das Ingenieurbüro Angerer, München, vergeben.

Einleitend wurde durch Herrn von Angerer das Konzept erläutert, wobei im Bereich verschiedener Knotenpunkte jeweils 2 Varianten vorgestellt wurden.

Anschließend wurde die vorgestellte Planung im Gremium diskutiert, wobei das Konzept auf allgemeine Zustimmung stieß. Dabei war man sich einig, dass die Umsetzung der Maßnahme für die Gemeinde eine große finanzielle Herausforderung darstellt, die nur Stück für Stück zu bewältigen sein wird. In der Diskussion wurden folgende Punkte erörtert und von Herrn von Angerer im Detail erläutert:

1. Im Konzept ist ein durchgehendes Radwegnetz mittels kombinierter Geh- und Radwege (Breite: 2,50m) vorgesehen. Sportliche Radfahrer sollen die Straße benutzen.
2. In den Varianten wurden als mögliche Fußgängerquerungen die Lösung mittels Zebrastrifen oder mittels Querunginseln dargestellt. Beide Ansätze müssen hierbei zur endgültigen Zustimmung mit den Genehmigungsbehörden abgestimmt werden.
3. An den Knoten RIGI Center und Wörtherstr. - Schongauer Straße wurde von Herrn Angerer eine Umgestaltung des Einmündungsbereiches mittels eines „Kreisels“ aus Kosten- und Platzgründen nicht weiter verfolgt.
4. Der Verkehr soll zwar entschleunigt werden, allerdings dürfen Maßnahmen hierzu zu keinem Verkehrschaos führen; der Verkehr soll fließend, d.h. zügig bleiben.

Eine Kostenschätzung für das Gesamtprojekt bzw. für einige Knotenpunkte kann in diesem Planungsstand noch nicht abgegeben werden, da noch keine Detailplanungen vorliegen.

Beschluss des Marktgemeinderates:

1. Das vorgelegte Planungskonzept des Architekturbüros von Angerer vom 20.11.2014 wird vom Marktgemeinderat gebilligt. Fußgängerquerungen sollen durch Zebrastreifen und/oder Querungsiseln dargestellt werden. Beide Ansätze sind mit den Genehmigungsbehörden abzustimmen.

Folgende Ergänzungen sollen in das Konzept mit aufgenommen werden:

2. Die Anbindungen an das Peißenberger Einkaufszentrum.
3. Eine Umgestaltung diverser Einmündungsbereiche mittels eines Kreisels ist zu untersuchen.
4. Eine mögliche Änderung der Vorfahrt ist im Einmündungsbereich Bergwerkstr./ Schongauer Str. in die Untersuchung mit einzubeziehen. Des Weiteren sollte auch an anderen Knotenpunkten die Möglichkeit einer Änderung der Vorfahrt überprüft werden.
5. Für die Böbinger- und die Schongauer Straße, Bereich Bücherei bis Robert-Koch-Straße sollen ebenfalls Vorschläge zur Verkehrsberuhigung geplant werden.

Für folgende Knotenpunkte sollen umgehend Detailplanungen mit Kostenangaben durchgeführt werden:

1. Bereich Robert-Koch-Straße – Kaufland – Eisdielen, incl. Umgestaltung der Einmündungsbereiche Wörtherstraße und Stadelfeld und Ausbau Stadelfeld.

2. Bergwerkstraße – Hans-Böckler-Straße – Schongauer Straße

Das ergänzte Planungskonzept ist, insbesondere auch in Bezug auf die Schaffung von Zebrastreifen, mit den zuständigen Verkehrsbehörden abzustimmen und dem Gemeinderat wieder vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

23:1

Zu TOP 5: Vom Haupt-, Finanz- und Personalausschuss vorbehandelte Gegenstände

Zu TOP 5.1: Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau West - Jahresantrag 2015

Sachverhalt:

Der Jahresantrag für das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ ist zum 01.12.2014 bei der Regierung von Oberbayern ein zu reichen.

Von der Verwaltung wurde der Jahresantrag mit folgenden Programmpunkten mit der Regierung von Oberbayern, Frau BD'in Kubina, in einem Vorgespräch abgestimmt

Dieser beinhaltet die folgenden Programmpunkte:

- Erstellung des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungs-Konzeptes – ISEK durch das Büro Dr. Dürsch
- Durchführung eines Architektenwettbewerbs für das „Bürgertreff / Jugendhaus“
- „Bürgertreff / Jugendhaus“, Bürgerbüro, kleiner Saal und Café sowie Öffentliche Toilette. Platzgestaltung im Ensemble mit der Bücherei
- Umgestaltung der Ortsdurchfahrt, Planung und Ausführung, Zwei Abschnitte
- Stadtumbaubüro Peißenberg mit Stadtumbau Management

Beschlussvorschlag:

Dem von der Verwaltung vorgelegten Jahresantrag 2015 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9:0

Beschluss:

Dem von der Verwaltung vorgelegten Jahresantrag 2015 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

24:0

Zu TOP 5.2: Bericht über die örtliche Rechnungsprüfung der Jahresrechnung 2013

Sachverhalt:

Auf der Grundlage des Beschlusses TOP 5.1 vom 10.04.2014 wurde in der Zeit vom 08.10. und 09.10.2014 die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2013 durch den Rechnungsprüfungsausschuss des Marktgemeinderates vorgenommen. Hierüber wurde am 09.10.2014 eine Niederschrift gefertigt.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Dr. Geldsetzer, trug das Ergebnis der örtlichen Prüfung in der Sitzung vor.

Unstimmigkeiten, welche eine Feststellung der Jahresrechnung behindern würden, haben sich nicht ergeben. Die Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses wurden im Rahmen der örtlichen Prüfung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bediensteten des Marktes teilweise erledigt. Einzelne Themen wurden der Verwaltung zur künftigen Erledigung in Auftrag gegeben.

Beschlussvorschlag:

Da sich im Rahmen der örtlichen Rechnungsprüfung keine Prüfungsfeststellungen ergeben haben, kann die Jahresrechnung 2013 festgestellt werden (siehe nachfolgenden Tagesordnungspunkt).

Abstimmungsergebnis: 9:0

Beschluss:

Da sich im Rahmen der örtlichen Rechnungsprüfung keine Prüfungsfeststellungen ergeben haben, kann die Jahresrechnung 2013 festgestellt werden (siehe nachfolgenden Tagesordnungspunkt).

Abstimmungsergebnis: 24:0

Zu TOP 5.3: Feststellung der Jahresrechnung 2013 gem. Art. 102 ABs. 3 GO

Sachverhalt:

Die örtliche Rechnungsprüfung der Jahresrechnung 2013 ist durchgeführt. Beanstandungen, welche einer Feststellung der Jahresrechnung entgegen stehen, haben sich nicht ergeben.

1. Damit wird die Jahresrechnung festgestellt.
2. Der Verwaltungshaushalt schließt in den Einnahmen und Ausgaben mit 17.941.907,35 € und
3. Der Vermögenshaushalt schließt in den Einnahmen und Ausgaben mit 9.781.275,77 € ab.

Die Einzelergebnisse sind in den beiliegenden Anlagen dargestellt:

Haushaltsmäßiger Abschluss
Kassenmäßiger Abschluss
Vermögensübersicht
Übersicht über die Schulden
Übersicht über die Rücklagen

Beschlussvorschlag:

Die Jahresrechnung 2013 wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 9:0

Beschluss:

Die Jahresrechnung 2013 wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 24:0

Zu TOP 5.4: Jahresrechnung 2013, Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO

Sachverhalt:

Der Marktgemeinderat hat die Jahresrechnung 2013 nach Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung fest gestellt.

Gründe für eine Verweigerung oder Beschränkung der Entlastung liegen nicht vor.

Beschlussvorschlag:

Für die Jahresrechnung 2013 wird die Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO erteilt.

Abstimmungsergebnis:

8:0
(Abstimmung ohne Frau Erste Bürgermeisterin Vanni)

Beschluss:

Für die Jahresrechnung 2013 wird die Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO erteilt.

Abstimmungsergebnis:

23:0
(Abstimmung ohne Frau Erste Bürgermeisterin Vanni)

Zu TOP 5.5: Antrag der Telekom auf Abbau einer Telefonzelle

Sachverhalt:

Das Thema Abbau von öffentlichen Telefonzellen hat den MGR bereits mehrfach beschäftigt, letztmalig im Februar 2014. Jetzt hat sich mit folgender Email vom 08.10.2014 ein Mitarbeiter der Telekom erneut an die Marktgemeinde gewendet:

„Im Nachgang zu Ihrer Ablehnung vom 28.2.2014 haben wir gut sieben Monate später erneut ein Controlling durchgeführt, um die Situation in Bezug auf Nutzung, Bedarf und Umsätze zu beleuchten.

Fazit:

- Die Tendenz nimmt bei der öffentlichen Telefonie allgemein weiter ab, in Peißenberg ist sie deutlich erkennbar.
- Besonders Schüler und Studenten gebrauchen verstärkt Mobiltelefone und Smartphones.
- Auch ältere Bürger sind im Allgemeinen nicht auf Telefonzellen angewiesen, wie Nachfragen ergeben haben, sondern gleichwohl im Besitz von Handys
- Der emotionale Faktor beim Wegfall wird überschätzt, so sprachen zwei ältere Passantinnen in Falle einer schmutzigen Telefonzelle von „Schandfleck“ und „kein Verlust“
- Telefonzellen werden fast nur dann verwendet, wenn der Akku beim Mobiltelefon nicht aufgeladen ist
- Der Standort in der Sonnenstraße ist nach wie vor der schwächste, hier registrieren wir nur mehr 4-7 Anrufe pro Woche (!)
- Auch die beiden anderen Standorte sind defizitär, im Bahnbereich („Bergwerkstr. 3“) ist der Bedarf jedoch am höchsten und ein weiteres Vorhalten nachvollziehbar

Vorschlag zur Kostenreduzierung und Optimierung:

- Ersatzloser Rückbau entweder d. Standortes „Sonnenstr. 22“ oder „Hauptstr. 22“
- Alternativlösung: Umrüstung beider Standorte in ein Basistelefon – hier entfällt jedoch das klassische Telefonambiente und man benötigt Telefonkarten, deren Gebrauch nahezu aus der Mode gekommen ist, diese Telefonsäulen werden bald gänzlich vernachlässigt. Es gäbe auch die Möglichkeit einer Wandmontage, so dass das Basistelefon an einem öffentlichen Gebäude ihrer Wahl (Gemeindehaus, Feuerwehrhaus) anmontiert würde. Voraussetzung ist nur Telefonanschluss innerhalb des Gebäudes

Der Marktgemeinderat hat nun zu entscheiden, ob und wenn ja welchem Rückbau zugestimmt wird.

Im Ausschuss:

Es bestand Einvernehmen, dass Telefonzellen wohl nicht mehr notwendig sind, da sie kaum noch benutzt werden. Herr MGR Hoyer war allerdings der Ansicht, dass die Telefonzelle in der Nähe der Schule stehen bleiben sollte. Herr MGR Uli Mach war dagegen der Ansicht, dass alle Telefonzellen abgebaut werden können, da diese Unwirtschaftlichkeit der Telekom nicht „zugemutet“ werden kann. Herr MGR Blome regte an „Notruftelefone“ zu installieren, wenn es solche geben sollte.

Beschlussvorschlag:

Die Vorsitzende soll sich mit der Telekom in Verbindung setzen und erfragen, ob es Notruftelefone gibt und ob die Telekom diese ggfls. werbewirksam installieren möchte. Im Gegenzug soll Zustimmung zum Abbau zweier Telefonzellen signalisiert werden. Die Entscheidung wird im Marktgemeinderat getroffen.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0

Im Gremium:

Die Vorsitzende teilt mit, dass es nach Aussage der Telekom keine Notruftelefone mehr gibt. Die Telekom wäre bereit, am Bahnhof die Telefonzelle zu erneuern.

Beschluss:

Dem Abbau der Telefonzellen in der Sonnenstraße und der Hauptstraße wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

23:1

Zu TOP 5.6: Rigi-Rutsch'n, Investition Ruheraum

Sachverhalt:

Nach mehreren Versuchen den Wellness-Bereich des Freizeit und Bäderparks zu attraktiveren, wurde das Thema 2014 wieder aufgegriffen, da bei weiterer Inaktivität Imageschäden und Umsatzrückgänge zu erwarten sind. Der Verwaltungsrat war sich einig, dass im Außenbereich eine Sauna nebst Ruheraum entstehen soll. Allerdings ist eine endgültige Entscheidung im Verwaltungsrat noch nicht gefallen.

Die Kosten für diese Außensauna sollen nach Vorstellung der Werkleitung von der Marktgemeinde übernommen werden. Dabei soll die Finanzierung durch die Gemeindewerke Peißenberg -KU- vorgenommen werden. Der Markt Peißenberg erstattet den kompletten Schuldendienst während der gesamten Laufzeit an die Gemeindewerke Peißenberg -KU-.

Der Verwaltungsrat wird über die Maßnahme und Ausführung selbständig entscheiden.

Beschlussvorschlag:

Es besteht damit Einverständnis, dass der Markt Peißenberg den Schuldendienst für die zusätzliche Sauna mit Ruheraum übernimmt.

Abstimmungsergebnis:

9:0

Beschluss:

Es besteht damit Einverständnis, dass der Markt Peißenberg den Schuldendienst für die zusätzliche Sauna mit Ruheraum übernimmt.

Abstimmungsergebnis:

23:1

Zu TOP 5.7: Räumlichkeiten für Knappschaftskapelle

Sachverhalt:

Die Knappschaftskapelle ist derzeit im Gebäude Schongauer Str. 2 untergebracht. Sie nutzt dort einen kleinen Gruppenraum mit 35,01m², einen Büroraum mit 12,40 m², einen Lagerraum mit 12,72 m² sowie das „Hans-Albrecht-Stüberl“ mit 93 m².

Die Knappschaftskapelle bemüht sich seit Jahren um eine eigene Lösung, hat jedoch sehr beschränkte Mittel und ist deshalb auf die Unterstützung des Marktes angewiesen.

Im Zusammenhang mit dem Sachverhalt i. S. Paula-Lindauer-Haus bietet sich eine Lösung an, die inzwischen von Herrn Pröbstl, vom Marktbauamt technisch und kostenmäßig untersucht wurde. Es handelt sich dabei um das bisherige Nebengebäude, welches von der Ökumenischen Sozialstation genutzt wurde.

Lt. Herrn Pröbstl kann das Gebäude so hergerichtet werden, dass es den Vorstellungen der Knappschaftskapelle genügt. Die Kostenschätzung liegt bei rund 135.000 €.

Um über dieses Gebäude verfügen zu können, müsste das Gebäude aus dem Dauernutzungsrecht zu Gunsten der Ökumenischen Sozialstation herausgenommen werden. Lt. Gutachten Thalmeier/Pech liegt der Wert dafür bei einer Größenordnung von 82.000 € und für die Garagen bei 6.000 €. Weiterhin würden dafür Notar-, Vermessungs- und Grundbuchamtsgebühren anfallen, so dass mit einem Aufwand von ca. 100.000 € zu rechnen ist.

Auf dieser Basis fand am 30.10.2014 ein Gespräch mit dem Vorstand der Knappschaftskapelle statt. Das Angebot der Verwaltung lautete darauf, Grundstück und Gebäude im jetzigen Zustand für die Knappschaftskapelle per Pachtvertrag auf 50 Jahre zur Verfügung zu stellen. Die Knappschaftskapelle muss die Kosten für den notwendigen Um- und Ausbau in Eigenregie tragen (Eigenleistungen und Kapitaldienst – soweit Eigenmittel nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen). Der Markt ist grundsätzlich bereit, für eine notwendige Kreditaufnahme eine selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen.

Nach einer Ortsbesichtigung durch den erweiterten Vorstand, teilte dieser mit, dass mit dem Angebot Einverständnis besteht.

Beschlussvorschlag:

Es besteht damit Einverständnis, dass der Markt Peißenberg das Nebengebäude aus der Verwertung des Paula-Lindauer-Hauses vorab zu den im Gutachten Thalmeier/Pech genannten Konditionen zurück erwirbt und der Knappschaftskapelle zur Nutzung überlässt. Hierfür trägt der Markt die Kosten. Der Markt ist bereit, bei Bedarf eine Bürgschaft zu übernehmen.

Der für die künftige Nutzung erforderliche Aus- u. Umbau dieser Gebäulichkeiten obliegt ausschließlich der Knappschaftskapelle. Der Aus- und Umbau muss sich an den Vorgaben der Planung des Marktbauamtes, Herrn Pröbstl, orientieren.

Abstimmungsergebnis:

9:0

Beschluss:

Es besteht damit Einverständnis, dass der Markt Peißenberg das Nebengebäude aus der Verwertung des Paula-Lindauer-Hauses vorab zu den im Gutachten Thalmeier/Pech genannten Konditionen zurück erwirbt und der Knappschaftskapelle zur Nutzung überlässt. Hierfür trägt der Markt die Kosten. Der Markt ist bereit, bei Bedarf eine Bürgschaft zu übernehmen.

Der für die künftige Nutzung erforderliche Aus- u. Umbau dieser Gebäulichkeiten obliegt ausschließlich der Knappschaftskapelle. Der Aus- und Umbau muss sich an den Vorgaben der Planung des Marktbauamtes, Herrn Pröbstl, orientieren.

Abstimmungsergebnis:

24:0

Zu TOP 6: Kennnisgaben

6.1 Überprüfung eines bauaufsichtlichen Verfahrens betreffend die Errichtung einer Terrassenüberdachung , Johann Hirsch Straße 11 in Peißenberg

Mit Schreiben des Marktes Peißenberg vom 07.08.2014 wurde die Regierung von Oberbayern gebeten, die vom Landratsamt Weilheim-Schongau zu oben genannten Bauvorhaben getroffene Entscheidung hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit zu prüfen. Das Antwortschreiben, die Stellungnahmen der Regierung von Oberbayern und der Frau Landrätin Jochner-Weiß liegen nun vor und sind als Anlagen dieser Kennnisgabe beigelegt. Fakt ist, dass die Rechtsauffassung des

Marktes Peißenberg von der Regierung geteilt wird und dies auch dem Landratsamt schriftlich so dargelegt wurde. Allerdings ist das Landratsamt aus –nicht nachvollziehbaren Gründen– nicht bereit von seiner bisherigen Haltung abzurücken. Hier wird offensichtlich zwanghaft versucht, die nachgewiesenen Rechtsverstöße mit dem Argument „Bürgerfreundlichkeit“ zu bagatellisieren.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, beim Landratsamt ein bauaufsichtliches Einschreiten in Form des Erlasses einer Teilbeseitigung – oder Rückbauanordnung zu beantragen. Da davon auszugehen ist, dass das Landratsamt den Antrag ablehnen wird, wäre dann grundsätzlich zu entscheiden, ob der Rechtsweg zum Verwaltungsgericht beschränkt wird. Auf die diesbezüglichen Ausführungen und bereits in ähnlichen Fällen ergangenen Urteile in der Stellungnahme der Regierung von Oberbayern wird nochmals hingewiesen.

Im Plenum:

Der Marktgemeinderat ist sich einig, dass ein rechtsmittelfähiger Bescheid vom Landratsamt nur dann angefordert werden soll, wenn die Angelegenheit auch weiter verfolgt wird. Dies soll in der nächsten Sitzung besprochen werden, da aufgrund der Kurzfristigkeit der Vorlage die Fraktionen dies noch nicht besprechen konnten.

Abstimmungsergebnis:

24 :0

6.2 EVA-Weg

Die Vorsitzende teilt mit, dass sich der Markt Peißenberg nach Rücksprache mit der EVA an den Kosten der geplanten Zufahrt mit 2.500 EUR beteiligen wird.

6.3 Baumdenkmal für die deutsche Einheit

MGR Herr Dr. Geldsetzer stellt für die SPD-Fraktion einen Antrag zum Baumdenkmal für die deutsche Einheit. Dieser Antrag wird in einer der nächsten MGR-Sitzungen behandelt.

6.4 Lärmintensive Nutzungen an der Stadelbachstraße

MGRin Frau Geldsetzer spricht nochmals die Beschwerde eines Anwohners der Stadelbachstraße bezüglich lärmintensiver Arbeiten im angrenzenden BHS-Gelände und auf dem Gelände der Firma MTP an. MGR Herr Barnsteiner (Verwaltungsratsmitglied der EVA GmbH) teilt hierzu mit, dass die EVA GmbH ihrerseits die Beschwerde bestätigt hat. Die EVA GmbH wird sich mit dem Beschwerdeführer in Verbindung setzen und falls möglich auch Abhilfe schaffen.

6.5 Spende Sitzungsgelder

MGR Herr Halbritter teilt mit, dass die SPD-Fraktion ihre Sitzungsgelder für Dezember wie im Vorjahr dem Hospizverein in Polling spendet. Vielleicht könnten sich weitere MGR-Fraktionen anschließen.

6.6 Nichtoffener Realisierungswettbewerb für den Neubau eines Bürgerhauses mit Jugendzentrum

Für den nichtoffenen Realisierungswettbewerb werden 15 Architekturbüros aus München und näherer Umgebung zur Teilnahme eingeladen. Die Architekten sind aufgefordert mit einem Freiflächenplaner, der jeweils zu benennen ist, zusammenzuarbeiten.

Das mit der Durchführung des Realisierungswettbewerbs beauftragte Architekturbüro von Angerer erstellt derzeit die Auslobung.

Folgender Zeitplan ist geplant:

Tag der Auslobung / Ausgabe der Unterlagen ab:	08.01.2015
Bearbeitung durch die Teilnehmer:	2. KW – 11. KW 2015
Schriftliche Rückfragen bis:	19.01.2015
Kolloquium mit den Wettbewerbsteilnehmern:	21.01.2015
Rückfragenbeantwortung bis:	26.01.2015
Abgabetermin Planunterlagen:	03.03.2015
Abgabetermin Modell:	10.03.2015
Preisgerichtssitzung:	24.03.2015
Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten:	25.03. – 07.04.2015